

Bürger*innenbeteiligung

Suude Naz Cayli

Zwischen Mitgestaltung und Mitbestimmung – Bürger*innenbeteiligung in Wien und Berlin im Spiegel der Klimawandelanpassung

Bürger*innenbeteiligung klang für mich lange Zeit nach Workshops, Fragebögen und eventuell einem Bürgerrat. Ehrlich gesagt hatte ich Beteiligung eher mit formalen Verfahren verbunden, bei denen Bürger*innen ihre Meinung zwar äußern dürfen, diese aber selten wirklich entscheidend ins Gewicht fällt. Mit diesem Halbwissen startete ich in die Hauptexkursion Wien-Berlin, die eingebettet war in ein Seminar zu vergleichenden Perspektiven auf lokale Demokratie und Klimaanpassung. Zusammen mit einem Kommilitonen untersuchte ich dabei das Themenfeld „Demokratie und klimagerechte Stadt: Bürger*innenbeteiligung“.

Meinen persönlichen Aha-Moment erlebte ich am Haus der Statistik in Berlin. Dort wurde mir klar, dass Beteiligung so viel mehr ist als Umfragen oder Diskussionsrunden. Sie bedeutet, die Stadt gemeinsam zu entwerfen und zu nutzen, noch bevor ein Bau abgeschlossen ist. Zwischen Werkstätten, Zwischennutzungen und offenen Planungsrunden zeigte sich mir, dass Demokratie nicht nur in Wahlkabinen lebt, sondern auch auf Baustellen, in Gesprächen zwischen Nachbar*innen, Verwaltung und Initiativen. Dieser Moment brachte mich zum Nachdenken: Wie unterschiedlich sind die Beteiligungskulturen in Berlin und Wien? Daraus entstand die zentrale Frage, die mich durch diesen Blogbeitrag leitet: Welche Rolle spielt Bürger*innenbeteiligung in Wien und Berlin im Kontext der klimagerechten Stadtentwicklung – und wie lassen sich die unterschiedlichen Ansätze vergleichen?

Bürgerbeteiligung im Spannungsfeld von Klimagerechtigkeit

Bevor ich auf die Details meiner Exkursionserfahrung eingehe, lohnt sich ein Blick auf den theoretischen Rahmen. Bürger*innenbeteiligung und direkte Demokratie werden oft gleichgesetzt, unterscheiden sich jedoch deutlich. Während direkte Demokratie bedeutet, dass Bürger*innen Entscheidungen unmittelbar selbst treffen, versteht man unter Bürger*innenbeteiligung allgemein die Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess innerhalb einer repräsentativen Demokratie. Bürger*innenbeteiligung ergänzt also die repräsentativen Strukturen, ohne sie zu ersetzen, und eröffnet vielfältige Möglichkeiten, die im Grundgesetz als Teilhaberechte verankert sind. Von Petitionen über Versammlungsfreiheit bis hin zu Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene (Geyer, 2013). Unter Bürger*innenbeteiligung lassen sich alle Formen der Mitwirkung fassen, die über die Stimmabgabe hinausgehen: Informationsangebote, Konsultationsformate oder ko-kreative Prozesse, in denen gemeinsam Lösungen entwickelt werden. Wesentlich ist dabei, Beteiligung als dialogischen Prozess zu begreifen, bei dem Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Austausch treten (Nanz & Fritzsche, 2012).

Bereits in den 1960er Jahren machte Sherry Arnstein (1969) mit ihrer „A Ladder of Citizen Participation“ deutlich, dass Partizipation sehr unterschiedlicher Qualität sein kann (Arnstein, 1969). Auf den unteren Stufen stehen symbolische Formen wie „Information“ (der Bürger*innen) oder Alibibefragungen, die Beteiligung lediglich vortäuschen. Dabei erhalten Bürger*innen zwar Wissen über bestimmte Prozesse, können aber nicht aktiv mitgestalten. Die „Konsultation“ hingegen geht einen Schritt weiter und fragt Meinungen ab, ohne deren Umsetzung zu garantieren. Auch Formen wie „Beschwichtigung“ binden zwar einzelne

Vertreter*innen der Bevölkerung ein, oftmals aber nur, um Kritik abzufedern. Die Einflussnahme bleibt dennoch begrenzt. Erst auf der obersten Stufe beginnt echte Beteiligung. So teilen sich in einer „Partnerschaft“ Verwaltung und Bürger*innen Verantwortung und Entscheidungskompetenzen. Bei „delegierter Macht“ werden wesentliche Entscheidungsbefugnisse an die Bevölkerung übertragen. An der Spitze der Leiter steht die „Bürger*innenkontrolle“, bei der die Betroffenen vollständig über Planung und Umsetzung bestimmen. Gerade im Kontext der Klimaanpassung zeigt sich hier die Gefahr: Beteiligung darf nicht zur reinen Rhetorik werden, sondern muss echte Einflussnahme ermöglichen.

Erst echte Beteiligung stellt sicher, dass lokale Bedürfnisse, Erfahrungen und soziale Belange tatsächlich im Zentrum stehen und dass Klimamaßnahmen nicht nur ökologisch wirksam, sondern auch demokratisch legitimiert sind (Arnstein, 1969).

Während Arnstein ein normatives Modell entwirft, richtet Bertram (2024) den Blick stärker auf strukturelle Rahmenbedingungen. Er beschreibt Bürger*innenbeteiligung als Teil einer multiplen Demokratie, in der Menschen zwischen unterschiedlichen Formen der Partizipation wählen. Ob Beteiligung gelingt, hängt dabei von sogenannten Möglichkeitsstrukturen ab: Ressourcen, rechtliche Rahmenbedingungen und politische Kulturen, welche Teilhabe fördern oder einschränken. Ebenso entscheidend ist die subjektive Wahrnehmung. Nur wer glaubt, mit dem eigenen Engagement tatsächlich etwas bewirken zu können, wird sich beteiligen (Bertram, 2024). Diese Ansicht wird durch Stimmen wie die von Hammer (2013) kritisch ergänzt, die darauf hinweisen, dass Beteiligung nicht automatisch inklusiv ist. Häufig beteiligen sich diejenigen, die über die nötige Zeit, Bildung und Netzwerke verfügen, während andere ausgeschlossen werden (Hammer, 2013). Damit wird Beteiligung auch zur Gerechtigkeitsfrage: Wer wird gehört und wer nicht?

Ein möglicher Ausgleich können deliberative Formate wie Bürgerräte sein. Ehs (2024) beschreibt am Beispiel des Klima-Zukunftsrats in Vorarlberg, wie Zufallsauswahl dazu beiträgt, auch Stimmen einzubeziehen, die in etablierten Verfahren oft fehlen. Gerade weil zufällig ausgewählte Bürger*innen unabhängig von ihrer Vorbildung oder Vernetzung teilnehmen, kann so ein repräsentativeres Bild der Gesellschaft entstehen. Für die Klimapolitik bedeutet dies, dass nicht nur die ohnehin Aktiven zu Wort kommen, sondern auch jene, die sonst oft übersehen werden.

Eindrücke aus Berlin

In Berlin zeigte sich mir während der Exkursion, wie vielfältig Bürger*innenbeteiligung im Stadtraum aussehen kann. Obwohl ich hier geboren und aufgewachsen bin, hatte ich viele der Orte der Beteiligung, die wir gesehen haben, vorher nie bewusst wahrgenommen und hatte bis zur Exkursion kaum Berührung mit ihnen. Das hat mich zum Nachdenken gebracht, denn es zeigt, dass Bürger*innenbeteiligung nicht automatisch Teil des alltäglichen Stadtlebens ist. Ich bekam den Eindruck, dass Bürger*innenbeteiligung oft nur für diejenigen sichtbar wird, die gezielt danach suchen oder bereits in bestimmten Netzwerken aktiv sind. Für viele Berliner*innen bleiben sie unsichtbar. So auch für mich, bis zu dieser Exkursion. In dieser Woche wurde mir klar, wie Beteiligung im Stadtraum aussehen kann und wie eng Demokratie und Klimagerechtigkeit dabei miteinander verknüpft sind. Gleichzeitig war es ein besonderes Gefühl, diese Orte nicht allein, sondern zusammen mit unseren Wiener Kommiliton*innen zu besuchen. Ihr Blick von außen machte mir noch einmal deutlicher, wie widersprüchlich Berlin manchmal wirkt: voller kreativer Freiräume, die aber eben nicht für alle gleich sichtbar oder zugänglich sind.

Am Anfang stand der Besuch im Haus der Demokratie und Menschenrechte. Dieser Ort erinnert daran, dass Beteiligung in Berlin stark mit der Erfahrung von 1989 verbunden ist. Hier erhielten die Bürger*innenbewegungen der DDR erstmals Räume, um politisch zu arbeiten und alternative Ideen zu formulieren (Stiftung Haus der Demokratie, o. J.). In Arnsteins (1969) Beteiligungsleiter ließe sich das als Schritt von symbolischer Mitsprache hin zu tatsächlicher Einflussnahme lesen, weil Bürger*innen nicht nur gehört wurden, sondern Räume für ihre Arbeit bekamen. Man merkte, dass Beteiligung nicht nur als abstrakter Begriff existiert, sondern dass es Orte braucht, die von Menschen erkämpft wurden und an konkrete Freiheitskämpfe erinnern. Für mich vermittelte das Haus der Demokratie, dass Partizipation in Berlin historisch eng mit selbst erstrittenen Rechten verknüpft ist, die bis in die Gegenwart hineinwirken.

Am Alexanderplatz zeigte uns das Haus der Statistik, wie Bürger*innenbeteiligung in der Praxis aussehen kann. Auf den ersten Blick nimmt man eine typische Berliner Baustelle wahr, doch dahinter verbirgt sich ein Modellprojekt für kooperative Stadtentwicklung. Das ursprüngliche Verwaltungsgebäude stand über zwanzig Jahre lang leer. Für viele schien das Schicksal klar: Abriss, Luxuswohnen oder Investorenprojekte. Doch im Jahr 2015 brachten Künstler*innen, Aktivist*innen und lokale Initiativen die Wende. Sie forderten unter dem Motto „Allesandersplatz“ eine am Gemeinwohl orientierte Nutzung und wehrten sich gegen eine klassische Marktlogik (Werkstatt Haus der Statistik, o. J.). Heute ist das Haus ein Labor für Beteiligung: Unter dem Titel „Koop5“ arbeiten Verwaltung, Bezirk, Wohnungsbaugesellschaft und Bürger*inneninitiativen auf Augenhöhe.

Das Haus der Statistik, mein Aha-Moment, veranschaulicht Arnsteins (1969) Leiter der Bürger*innenbeteiligung fast lehrbuchartig. Statt symbolischer Information oder bloßer Konsultation erleben wir hier echte Partnerschaft. Bürger*innen bekommen nicht nur Einblicke, sondern auch reale Macht, mitzugestalten. Zugleich verweist das Projekt auf Bertrams (2024) Konzept der „Möglichkeitsstrukturen“. Beteiligung wird hier erst durch Ressourcen, Räume und institutionelle Offenheit möglich. Außerdem wird auch an die Klimagerechtigkeit gedacht. Von Holzbauweisen über die Wiederverwendung von Materialien bis zu gemeinschaftlich nutzbaren Flächen. Besonders überrascht hat mich, wie selbstverständlich Verwaltung und Zivilgesellschaft hier miteinander kooperieren. Ich hatte bisher eher das Bild von Fronten im Kopf: Bürger*inneninitiativen auf der einen, Verwaltung auf der anderen Seite. Hier aber sah ich, dass Zusammenarbeit tatsächlich auf Augenhöhe funktionieren kann. Ein kritischer Punkt bleibt aber dennoch: Trotz Offenheit erreichen solche Orte oft nur bestimmte Gruppen. Engagement, Wissen und Netzwerke sind nötig, um mitzuwirken. Für mich zeigt das Haus der Statistik, dass Demokratie im Stadtraum nicht abstrakt ist, sondern in Beton, Holz und gemeinsamen Aushandlungen Gestalt annimmt.

Am Moritzplatz in Kreuzberg lernte ich eine ganz neue Form der Bürger*innenbeteiligung kennen. Wo früher eine brachliegende Fläche vorhanden war, entstand 2009 durch eine Nachbarschaftsinitiative ein urbaner Garten, der heute einen Treffpunkt und Lernort bildet. Der Prinzessinnengarten zeigt, dass Beteiligung auch aus dem Alltag herauswachsen kann, ohne große Pläne oder institutionelle Absicherung – einfach durch die Initiative von Menschen, die ihren Stadtteil gestalten wollen. Auf den ersten Blick wirkt er wie ein urbaner Gemeinschaftsgarten, doch seine Geschichte macht ihn zu einem politischen Symbol. Schon 2012 konnte durch die Kampagne „Wachsen lassen!“ die Privatisierung der Fläche verhindert werden, was zeigt, dass zivilgesellschaftlicher Druck in Berlin gegen Investoreninteressen

erfolgreich war (Clausen, 2019). Hier zeigt sich, wie stark Nachbarschaften sind, wenn sie sich vereinen. Gleichzeitig wird aber deutlich, wie prekär solche Freiräume bleiben, denn viele Gemeinschaftsgärten hängen von Zwischennutzungsverträgen ab. Im Sinne von Arnsteins (1969) Beteiligungsleiter lässt er sich schwer einordnen. Einerseits ermöglicht er echte Mitgestaltung, weil Nachbar*innen selbst aktiv werden und Räume schaffen. Andererseits hängt seine Zukunft von politischen Entscheidungen ab, die außerhalb der Entscheidungsspielräume der Nutzer*innen liegen.

Eindrücke aus Wien im Vergleich

Unsere Exkursionsreihe begann allerdings in Wien. Dort bekamen wir als Berliner Gruppe Einblicke in die Beteiligungsinstrumente, die die Stadt in den letzten Jahren etabliert hat. Einen Monat später kamen die Wiener Kommiliton*innen zu uns nach Berlin, wo wir ihnen unsere Orte zeigten.

Unsere erste Station in Wien führte uns in den 15. Bezirk zur Äußeren Mariahilfer Straße, wo aktuell ein groß angelegtes Projekt zur ‚klimafitten‘ Umgestaltung läuft. Die Straße soll nicht nur grüner und verkehrsärmer, sondern auch lebenswerter gemacht werden. Schon im ersten Bauabschnitt entstanden ein langer Zwei-Richtungs-Radweg, zusätzliche Grünflächen, neue Bäume, Sitzgelegenheiten und Cooling-Elemente auf den verbreiterten Gehsteigen (Stadt Wien a, o.J.). Ziel ist es, eine „Flanier- und Wohlfühlmeile“ zu schaffen, die Radfahren oder Verweilen attraktiver macht. Besonders spannend war aber auch der Prozess: Über die Plattform „*Mitgestalten Wien*“ konnten Anwohner*innen ihre Ideen einbringen. Bei diesen Umfragen beteiligten sich mehr als 2.500 Menschen. Die meisten forderten mehr Begrünung und Schatten, 90 % der Befragten wollten bessere Bedingungen für Radfahrer*innen und Kinder und 91 % sprachen sich für bessere Luftqualität aus (Stadt Wien b, o.J.). Diese Ergebnisse flossen sichtbar in die Umgestaltung ein. Das verdeutlichte mir, wie stark Wien auf institutionalisierte und formalisierte Beteiligung setzt. Der Prozess wird von der Verwaltung angestoßen und professionell begleitet, wodurch Transparenz und Verbindlichkeit entstehen. Gleichzeitig wirkt er eher top-down. Bürger*innen können ihre Anliegen äußern und abstimmen, aber das spontane „einfach Machen“, wie es in Berlin beim Prinzessinnengarten oder anderen Urban-Gardening-Projekten und in verschiedenen Kiezen sichtbar wird, ist hier kaum möglich. Im Sinne von Arnstein (1969) bewegt sich Wien damit häufig zwischen den Formen der Konsultation und Partnerschaft: Mitsprache wird hier ermöglicht, aber in klaren Planungsstrukturen eingebettet. Für die Äußere Mariahilfer Straße bedeutet das, dass Bürger*innen mitreden und ihre Anliegen einbringen können, aber sie dennoch in einen klaren Planungsprozess eingebunden sind. Ein weiterer spannender Moment war für mich der Besuch einer sogenannten Grätzloase. Dieses Projekt der Lokalen Agenda 21 ermöglicht es Nachbar*innen, Teile des öffentlichen Raums temporär in kleine Oasen zu verwandeln, ohne konsumieren zu müssen, sei es durch Begrünung, Sitzgelegenheiten oder gemeinschaftliche Nutzungsideen (Lokale Agenda 21, 2025). Damit wird sichtbar, dass Beteiligung sehr konkret aussehen kann, wenn Nachbar*innen selbst Hand anlegen und ihre Straße umgestalten dürfen. Die Oase ist also nicht nur ein Ort des Verweilens, sondern ein Experimentierfeld für eine andere, klimagerechtere Stadt. Im Vergleich dazu erinnerte ich mich an die Berliner Agenda 21, die ebenfalls zahlreiche Projekte zur Begrünung oder zu Nachbarschaftsfesten in den Bezirken hervorbrachte, aber oft abstrakter und stärker in institutionelle Netzwerke eingebunden blieb (Schophaus, 2001). In beiden Städten eröffnen die Agenda-21-Projekte Räume für zivilgesellschaftliches Engagement. In Wien hingegen werden Möglichkeitsstrukturen im Sinne von Bertram (2024) geschaffen, die Partizipation erleichtern,

wie zum Beispiel Genehmigungen, Förderungen und ein klarer Rahmen. Das macht die Grätzloasen niedrigschwellig und sichtbar. So musste man kein Experte sein, um mitzumachen, sondern konnte unmittelbar an der Veränderung des eigenen Umfelds teilhaben.

Im Laufe der Exkursion besuchten wir auch die Gebietsbetreuung Stadterneuerung. Hier wurde deutlich, dass Klimaanpassung selten abstrahiert wird, sondern im Alltag der Bewohner*innen auftaucht: zu heiße Wohnungen, fehlender Schatten, mangelnde Aufenthaltsqualität (Gebietsbetreuung Stadterneuerung, o.J.). Für mich war auch das ein Aha-Erlebnis, weil ich verstanden habe, dass Beteiligung hier bedeutet, große Themen wie den Klimawandel auf die konkrete Lebenswelt der Menschen herunterzubrechen. In Berlin gibt es zwar ähnliche Orte, doch oft fehlt hier die institutionelle Einbettung, die Wien durch die Gebietsbetreuungen bietet. Besonders eindrücklich fand ich das Wiener Klimateam. Hier können Bürger*innen ihre eigenen Projekte einbringen, über die im Anschluss abgestimmt wird. Die besten Ideen bekommen ein städtisches Budget und werden tatsächlich umgesetzt (Stadt Wien c. o. J.). Für mich war das ein Beispiel echter Mitsprache im Sinne von Arnstein (1969): Es geht über die Konsultation hinaus, weil Entscheidungen verbindlich getroffen und umgesetzt werden. Berlin wirkt im Vergleich improvisierter. Dort gibt es kreative Orte wie das Haus der Statistik oder den Prinzessinnengarten, doch diese bleiben oft abhängig von Förderungen und haben den Charakter von Zwischennutzungen. Auch die Nachbarschaftsgärten in Wien hinterließen bei mir einen nachhaltigen Eindruck. Sie erinnerten mich an Berliner Beispiele wie den Prinzessinnengarten, unterscheiden sich jedoch in einem wichtigen Punkt: In Wien sind sie stärker in die Agenda 21 eingebunden und dadurch institutionell abgesichert. Das gibt ihnen Stabilität und Planungssicherheit. In Berlin dagegen bleibt vieles spontaner und lebendiger, aber auch prekärer.

Fazit

Wenn ich abschließend meine Eindrücke aus Wien und Berlin nebeneinanderlege, wird deutlich, dass Bürger*innenbeteiligung in beiden Städten eine wichtige Rolle für die klimagerechte Stadtentwicklung spielt, aber dennoch auf sehr unterschiedliche Weise. Wien setzt stark auf institutionell eingebettete Strukturen. Beteiligung wird von der Stadt initiiert, transparent gestaltet und durch Budgets abgesichert. Das schafft Verbindlichkeit und Sicherheit, wirkt jedoch oft formeller und schränkt Spontaneität ein. Man wird eingeladen, seine Meinung einzubringen oder abzustimmen, doch die Initiative geht selten von den Bürger*innen selbst aus. Für die Klimaanpassung ist das ein Vorteil, weil die Stadt konkrete Projekte gezielt vorantreiben kann. Gleichzeitig bleibt die Gefahr bestehen, dass wieder vor allem jene Stimmen Gehör finden, die ohnehin leichter Zugang zu institutionellen Verfahren haben.

Berlin hingegen lebt von Offenheit und Experimentierfreude. Beteiligung wächst hier häufig direkt aus Nachbarschaften heraus und schafft lebendige, niedrigschwellige Räume, in denen Demokratie unmittelbar erfahrbar wird. Sie zeigen, dass Demokratie nicht nur in Parlamenten oder Planungsbüros stattfindet, sondern auch auf Baustellen und in Alltagsräumen. Allerdings fehlt in Berlin oft die langfristige Absicherung, vieles hängt von individuellem Engagement oder kurzfristigen Förderungen ab. Gerade in sozial benachteiligten Quartieren ist das problematisch, weil dort stabile Strukturen am dringendsten gebraucht werden. Für mich persönlich war Wien ein Augenöffner. Ich fragte mich während der Exkursion oft, warum mir solche Orte in Berlin zuvor nie begegnet waren und wo es solche Orte gibt, denn ich hatte sie in meinem Alltag nie wahrgenommen. Erst mit der Exkursion lernte ich, dass sie existieren,

man sie aber gezielt suchen oder Teil bestimmter Netzwerke sein muss. Das erklärt auch, warum Beteiligung oft nur für bestimmte Milieus sichtbar ist, während andere ausgeschlossen bleiben.

Meine zentrale Erkenntnis aus beiden Exkursionen lautet, dass klimagerechte Stadtentwicklung beides braucht: die Verbindlichkeit institutioneller Verfahren und die Offenheit experimenteller Räume. Nur wenn langfristige Absicherung mit der Kreativität von unten verbunden wird, entsteht eine Beteiligungskultur, die wirklich inklusiv ist und den vielfältigen Lebensrealitäten in der Stadt gerecht wird. Durch die Exkursion hat sich mein Blick auf Bürger*innenbeteiligung grundlegend verändert. Bürger*innenbeteiligung ist für mich seither viel mehr als ein Workshop oder eine Befragung.

Sie ist ein fortlaufender Aushandlungsprozess, in dem Klimagerechtigkeit nicht nur geplant, sondern auch gelebt wird. Zwischen Mitgestaltung und Mitbestimmung entscheidet sich, ob Städte wie Wien und Berlin tatsächlich zukunftsfähig sind.

Literaturverzeichnis

- Arnstein, Sherry R. (1969): A ladder of citizen participation. In: *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), 216–224. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>
- Bertram, Grischa Frederik (2024): Warum werden wir hier beteiligt? In: N. Berding, K. Frieling & M. Maikämper (Hrsg.): *(Un)Möglichkeit der Teilhabe: Grenzen in der Stadtentwicklung*. In: *Pnd – rethinking planning* 2024 (1) S. 8–24 <https://doi.org/10.18154/RWTH-2024-03985>
- Clausen, Marco (2019): Und was passiert am Moritzplatz? Statement vom 4. April 2019. Online verfügbar unter <https://prinzessinnengarten.net/wir/>, zuletzt geprüft a, 22.08.2025
- Ehs, Tamara (2024): Bürgerräte in der Klimakrise: Die soziale Frage am Fallbeispiel Klima-Zukunft Vorarlberg. In: N. Berding, K. Frieling & M. Maikämper (Hrsg.): *(Un)Möglichkeit der Teilhabe: Grenzen in der Stadtentwicklung*. In: *Pnd – rethinking planning* 2024 (1) S. 223-238 <https://doi.org/10.18154/RWTH-2024-03999>
- Gebietsbetreuung Stadterneuerung (o. J.). Online verfügbar unter <https://www.gbstern.at>, zuletzt geprüft am 26.08.2025
- Geyer, Robby (2013): Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.). Themenblätter im Unterricht, Nr. 88
- Hammer, Katharina (2013): BürgerInnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung? Tagungsband der AK-Wien Fachtagung.
- Lokale Agenda 21 (2025): Grätzloase. Online verfügbar unter <https://la21.wien/graetzloase/>, zuletzt geprüft am 26.08.2025
- Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.). Schriftenreihe Band 1200. Bonn 2012
- Schophaus, Malte (2001): Bürgerbeteiligung in der lokalen Agenda 21 in Berlin. Discussion Paper FS II 01 – 306, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Stadt Wien a (o.J.): Äußere Mariahilfer Straße wird klimafit umgestaltet. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/verkehr-stadtentwicklung/aeussere-mariahilfer-strasse-konzept.html>, zuletzt geprüft am 26.08.2025
- Stadt Wien b (o.J.): Gemeinsam gestalten wir die Äußere Mariahilfer Straße neu. Online verfügbar unter <https://mitgestalten.wien.gv.at/de-DE/projects/aeussere-mariahilfer-strasse-neu/4>, zuletzt geprüft am 26.08.2025
- Stadt Wien c (o. J.): Wiener Klimateam. Gemeinsam fürs gute Klima in unserem Grätzl. Online verfügbar unter <https://mitgestalten.wien.gv.at/de-DE/folders/wiener-klimateam>, zuletzt geprüft am 26.08.2025
- Stiftung Haus der und Demokratie Menschenrechte (2025). Online verfügbar unter <https://www.hausderdemokratie.de/>, zuletzt geprüft am 30.08.2025
- Werkstatt Haus der Statistik (o. J.): Quartier. Online verfügbar unter <https://hausderstatistik.org/quartier/#gebaeude>, zuletzt geprüft am 26.08.2025